



WAS BRINGT DIE AMPEL FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE?

An Einzelprojekten im Bereich Gesundheit und Pflege mangelt es der Ampel nicht. Wohl aber an einem gemeinsamen Leitbild, wie eine gute, nachhaltig finanzierte und solidarische Gesundheitspolitik in den nächsten vier Jahren aussehen kann. Statt Strukturreformen gibt es viele Prüfaufträge und Klein-Klein.

Sichere Finanzen in der GKV?

In den letzten Jahren türmte das GKV-System immer höhere Defizite auf. Grund dafür sind keineswegs Pandemiekosten, sondern eine teure Gesetzgebung des scheidenden Gesundheitsministers Jens Spahn, der vor allem mehr Geld für Leistungsanbieter umsetzte, ohne die Versorgung der Versicherten zu verbessern. Aufgefangen werden konnten die Defizite in zweistelligen Milliardenhöhen nur durch zusätzliche Steuerzuschüsse und das Aufbrauchen der Finanzreserven der Krankenkassen. Das Koalitionspapier enthält ein Bekenntnis „zu einer stabilen und verlässlichen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung“. Umgesetzt werden soll diese durch höhere Beiträge für ALG II-Beziehende, die aus Steuermitteln gezahlt werden. Auch soll der Bundeszuschuss aus Steuermitteln an die GKV regelhaft dynamisiert werden. Wie ge-

nau dies geschehen soll und ob dies ausreichen wird bleibt abzuwarten. Hier sollte sich die neue Regierung jedoch nicht viel Zeit bei der Konkretisierung lassen, da die Kassen durch den Finanzdruck bald schon freiwillige Leistungen kürzen könnten, was für Versicherte einen Leistungsabbau bedeutet.

Wie geht es weiter mit der Krankenhauslandschaft?

Diese Frage ist eine, die seit Jahren in komplizierten Konstellationen zwischen Bund, Ländern, Krankenhausgesellschaften und Kassen debattiert wird. Dies betrifft zum einen die Frage nach der Krankenhausplanung – bei der mitunter eine [Übersversorgung in städtischen Gebieten einer](#)

Unterversorgung in ländlichen Gebieten gegenübersteht – als auch die der Krankenhausfinanzierung. Eine Regierungskommission soll hierfür Vorschläge erarbeiten, die dann in einem Bund-Länder-Pakt auf den Weg gebracht werden soll. Eine Abkehr vom Fallpauschalensystem, das einen Anreiz darstellt, möglichst lukrative Fälle im Krankenhaus zu behandeln, ist nicht vorgesehen. Wohl aber erlösunabhängige Vorhaltepauschalen und eine auskömmliche Finanzierung für die Bereiche Pädiatrie, Notfallversorgung und Geburtshilfe. Beides ist zu begrüßen und dürfte den Lehren der Pandemie geschuldet sein. Denn diese hat gezeigt, dass es geboten ist, Ressourcen im Krankenhaus nicht allein nach Wirtschaftlichkeitsüberlegungen vorzuhalten, sondern vor allem nach Versorgungsgesichtspunkten.

Pflege: eine solidarische

Lösung bleibt aus

Am enormen Handlungsdruck in der Pflege kommt auch die Ampel nicht vorbei. Die Eigenanteile in der stationären Pflege sind so hoch, dass Pflegebedürftigkeit mehr und mehr einem Armutsrisiko gleichkommt. Der von Spahn eingeschlagene Reformweg, die Eigenanteile zu senken, soll von der Ampel evaluiert und dann weiter beschritten werden. Auch hier sind die Koalitionäre gut beraten, nicht zu viel Zeit mit Prüfaufträgen und Expertenkommissionen zu vergeuden, sondern zu handeln – denn der Druck bei den Pflegebedürftigen und ihren Familien ist hoch. Mittlerweile müssen Pflegebedürftige

durchschnittlich 2125 Euro im Monat aus eigener Tasche zahlen.

Neu ist der Vorschlag der Ergänzung der sozialen Pflegeversicherung um eine „freiwillige, aber paritätisch finanzierte Vollversicherung“. Hier soll eine Expertenkommission bis 2023 Vorschläge zur Umsetzung erarbeiten. Eine Vollversicherung wird auch von der IG Metall gefordert. Doch bei der Passage aus dem Koalitionsvertrag ist Vorsicht geboten! Was sich zunächst gut anhört, kann mit einem Haken versehen sein. Hier stellen sich eine Reihe von Fragen, bzgl. der Freiwilligkeit (müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zustimmen?) aber auch der Durchführung der zusätzlichen Absicherung. Soll dies innerhalb der sozialen Pflegeversicherung passieren oder durch eine private oder betriebliche Zusatzversicherung? Freiwillige Elemente innerhalb der gesetzlichen Sozialversicherungen wären eine systemverändernde Neuerung.

Möglich ist, dass sich hier eine Blaupause für die FDP-Forderung nach einem 3-Säulen-Modell in der Pflege, wie wir es in der Alterssicherung schon haben, versteckt. Schon der amtierende Gesundheitsminister verwies immer wieder auf die Sozialpartner, tarifvertragliche Angebote zur zusätzlichen Absicherung der Pflegebedürftigkeit zu machen, um die sozialpolitischen Versäumnisse der Politik in diesem Bereich aufzufangen. Für die IG Metall ist klar, dass eine solidarische Absicherung gegen soziale Risiken nur umfassend im großen Kollektiv der gesamten Gesellschaft erfolgen kann. Der einzige Weg, der Finanzierungsgerechtigkeit, Solidarität und Nachhal-



tigkeit verbindet, ist der Ausbau der Pflegeversicherung zu einer paritätisch finanzierten Pflegebürgervollversicherung.

Fazit: Verwaltung statt Gestaltung

Die fehlende Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege ist keine Überraschung. Schon im Sondierungspapier haben sich die Koalitionäre klipp und klar zum Fortbestehen des dualen Systems bekannt. Dabei sind der Kassenwettbewerb und das Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung ein Irrweg, der gerechtigkeitspolitische Strukturprobleme schafft, die trotz ressourcenintensiver Bemühungen an

anderer Stelle nicht mehr zugedeckt werden können. So stehen die Krankenkassen auch nach wie vor in einem dysfunktionalen Wettbewerb zueinander, innerhalb des GKV-Systems, als auch mit den privaten Versicherungsanbietern. In der Pandemie wurde vielfach die Bedeutung eines tragfähigen und solidarischen Gesundheitssystems beschworen. Der Ampel jedoch fehlt wegen ihrer ideologischen Grenzen der gemeinsame Wille, dies auch umzusetzen.

Nicht unter den Tisch fallen sollen ausgehandelte Impulse für Versorgungsverbesserungen, wie verbesserte Ausbildungsbedingungen medizinischer Berufe, eine gesamtgesellschaftliche Stärkung der Gesundheitsprävention, erste Ansätze zur Überwindung der Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung und Reformen in der psychotherapeutischen Versorgung.

Doch so bleiben neben einzelnen Verbesserungen vor allem viele Prüfaufträge und ungelöste Strukturprobleme, die für die nächsten vier Jahre Abbau durch Stillstand bedeuten können.



Gerechtigkeits-, Finanzierungs- und Versorgungsprobleme liegen im Gesundheitssystem offen zutage. Die Ampel sollte den Mut finden, diese anzugehen, statt sich mit Symptomlinderung zu begnügen.



Hans-Jürgen Urban
geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

IMPRESSUM

IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzender: Jörg Hofmann, V.i.S.d.P / Verantwortlich nach § 55 Abs. 2 RStV: Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Redaktion FB Sozialpolitik: Christoph Ehlscheid, Katharina Grabietz, Jan-Paul Grüner, Stefanie Janczyk, Sebastian Kramer

